

Forderung 1

Verbraucherschutz muss als hochrangiges Politikziel anerkannt werden. Patientenschutz und -nutzen müssen stets oberste Priorität haben. Eine Kommerzialisierung und Gewinnmaximierung widersprechen einer verantwortungsvollen Ausübung der Heilberufe.

Stellungnahme

Wir setzen uns für die Unabhängigkeit der Berufsausübung bei den Freien Berufen ein, damit diese frei von wirtschaftlichen Interessen Dritter und Gewinnmaximierung zum Wohle der Patient*innen und Klient*innen erfolgen kann. Ein wesentlicher Faktor hierfür ist das Fremdkapitalverbot. Dieses wurde 2012 vom Bundesfinanzhof als europarechtskonform anerkannt. Wir unterstützen diese Entscheidung. Der Einfluss berufsfremder Interessen muss vermieden werden, damit die Unabhängigkeit der Tätigkeiten gewährleistet wird. Auch aus diesem Grund setzen wir uns gegen die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP sowie das Dienstleistungsabkommen TiSA ein. Mit ihnen droht eine Kommerzialisierung auch des Gesundheitswesens.

Forderung 2

Binnenmarkthindernisse (z. B. Bürokratie, Fremdsprachendefizite, Berufsankennungs Hindernisse) sind anzugehen.

Stellungnahme

Wir bekennen uns zu einem gemeinsamen Binnenmarkt und treten für dessen Vertiefung ein, flankiert von einer politischen und sozialen Vertiefung der EU. Hier besteht noch EU-weit Verbesserungspotenzial. Dabei ist zu beachten, dass Probleme auch gegenseitig bestehen können. Einige Beispiele finden sich in den nachstehenden Antworten.

Forderung 3

Unterschiedliche **Regulierungskonzepte** stellen nicht per se ein Hindernis für die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes dar.

Stellungnahme

Bezüglich der unterschiedlichen Regulierungskonzepte sind wir für einen stetigen wirtschaftspolitischen Dialog zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Es ist leider nicht immer einfach, das deutsche Selbstverwaltungsmodell in Europa zu verteidigen. Das hat sich Anfang des Jahres auch wieder bei den Richtlinienentwürfen der Europäischen Kommission für das

Dienstleistungspaket gezeigt. Der Landtag NRW hat daraufhin einen Antrag von SPD und GRÜNEN verabschiedet, in dem auf die besondere Bedeutung des Systems der beruflichen Qualifizierung und der Berufszulassungsvoraussetzungen in den Freien Berufen insbesondere für den Verbraucherschutz hingewiesen wurde. Bei der (aus unserer Sicht wichtigen und sinnvollen) Auseinandersetzung mit den Marktzugangshindernissen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten müssen die Vorteile der Regulierungen im Bereich der Freien Berufe für unseren Wirtschaftsstandort hervorgehoben werden. Durch die Positionierung des Landtages und der Landesregierung im Bundesrat haben wir hierzu auf politischer Ebene unseren Beitrag geleistet.

Forderung 4

Berufszugangs- und Berufsausübungsregelungen zum Schutz von Gemeinwohl, Verbrauchern und Patienten können nur eingebettet im jeweiligen nationalen Kontext bewertet werden. Bei den Regelungen zum Berufszugang und zur Berufsausübung ist die Fachexpertise des jeweiligen Berufsstandes hinzuzuziehen.

Stellungnahme

Berufsrechte sichern Qualität und bieten Verbraucher*innen Schutz. Die Zukunft der Freien Berufe wird deutlich stärker als bisher von der Binnenmarktstrategie der EU geprägt sein. Wir setzen uns für einen freien Marktzugang ein, bei dem die Qualität der Leistungen garantiert und der Schutz der Verbraucher*innen gesichert ist. So würde die Dienstleistungsfreiheit in Europa gewährleistet und Sozial- und Ökodumping verhindert werden. Für die Freien Berufe würde dies mit ihren besonderen Eigenschaften auch im vereinten Europa beste Chancen schaffen.

Forderung 5

Die hohen **Qualitätsstandards** in der akademischen Ausbildung der Freien Berufe müssen auch in Ansehung der Dienstleistungsfreiheit erhalten bleiben.

Stellungnahme

Der demografische Wandel und hohe Arbeitslosenzahlen stellen Europa in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. In Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas und fehlenden Fachkräften vielerorts in Deutschland setzen auch wir uns für eine vereinfachte gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen ein. Dies darf aber nicht zu Lasten der Ausbildungsstandards gehen. Deshalb haben wir uns im Landtag eindeutig zum System der beruflichen Ausbildung bei den Freien Berufen bekannt.

Forderung 6

Der Freie Beruf ist insbesondere durch **geistig schöpferische Dienstleistungen** geprägt. Diese sind nicht normierbar. Den Besonderheiten der Freien Berufe (Gemeinwohlorientierung, Leistungserbringung unter Maßgabe bestimmter bewährter Berufsträgerpflichten) ist Rechnung zu tragen.

Stellungnahme

Forderung 7

Herkunftslandprinzip darf nicht „durch die Hintertür“ – etwa durch den Dienstleistungspass oder bei den Versicherungsvorschriften eingeführt werden.

Stellungnahme

Wir teilen das grundsätzliche Ziel der Harmonisierung von Rechtsgrundlagen und Standards, auf deren Basis Dienstleistungen innerhalb der EU frei angeboten und geleistet werden können. Allerdings lehnen wir das Herkunftslandprinzip und damit verbunden einen Wettlauf zwischen den EU-Mitgliedsstaaten um die Absenkung von Sozial-, Umwelt- und Qualitätsstandards ab. Der Landtag NRW hat daher den Antrag von SPD und GRÜNEN „Mitgliedsstaatliche Zuständigkeiten in der Berufsausbildung erhalten und erfolgreiche Qualifizierungssysteme sichern - das Handwerk und die Freien Berufe stärken“ beschlossen, in dem wir uns ausdrücklich gegen eine Schwächung des Ziellandprinzips zugunsten des Herkunftslandprinzips durch die Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte ausgesprochen haben.

Forderung 8

Freihandelsabkommen dürfen die Qualität freiberuflicher Dienstleistungen nicht gefährden. Gesundheitsdienstleistungen, -standards und -leitlinien müssen aus den Verhandlungen für ein Transatlantisches Freihandelsabkommen herausgehalten werden. Überdies fordern wir Positivlisten statt Negativlisten.

Stellungnahme

Wir lehnen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA ab. Für uns ist klar: Nur ein fairer Handel kann ein freier Handel sein – die beiden Handelsabkommen sind aber alles andere als fair. In den vorliegenden Fassungen hätten CETA und TTIP zahlreiche negative Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden in NRW. Sie stehen für eine Politik, die hart erkämpfte Rechte und Standards bedroht, statt sie zu stärken. Sie schwächen die Demokratie und Rechtstaatlichkeit gegenüber den Interessen von Großunternehmen und etablieren die zwischen Industrieländern gänzlich unnötigen Klageprivilegien für Unternehmen. Das Vorsorgeprinzip, ein Grundpfeiler des Umwelt- und Verbraucherschutzes in Europa, würde durch CETA und TTIP geschwächt – das ist

nicht hinnehmbar. Und wir wollen keine Handelsabkommen, die zulasten der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer gehen. Wir wollen jedoch die Chancen und Marktzugänge dieser Länder stärken. Wir wollen Handelsabkommen, die transparent verhandelt und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind. Denn faire Handelspolitik kann das Leben vieler Menschen verbessern, indem sie beispielsweise Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutz- und Gesundheitsstandards stärkt. Für uns GRÜNE ist ein hoher Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen kein Handelshemmnis. Dies müsste Ziel guter Handelspolitik sein, nicht ihre Zielscheibe. Deswegen brauchen wir einen Neustart in der europäischen Handelspolitik, um einen starken internationalen Rahmen für fairen Handel zu schaffen.